

Migration Bilateralen Weg nicht gefährden!

Am 17. Mai stimmen wir über die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» der SVP ab, auch Begrenzungsinitiative genannt. Ehrlicher wäre es, diese als das zu bezeichnen, was sie ist, nämlich eine Kündigungsinitiative. Sie muss klar abgelehnt werden.

Die Initiative verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig steuert. Völkerrechtliche Verträge, die eine Personenfreizügigkeit vorsehen, dürfen nicht abgeschlossen oder müssen gekündigt werden. Konkret betrifft dies das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, für welches die Initiative fordert, es innerhalb eines Jahres zu beenden.

Die SVP nimmt damit in Kauf, dass die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, die zusammen ein Paket bilden, hinfällig werden. Sie betreffen unter anderem den Land- und Luftverkehr, den Abbau technischer Handelshemmnisse, die Landwirtschaft und eben die Personenfreizügigkeit. Ein einzelnes Abkommen zu kündigen, geht nicht, es gibt nur alles oder nichts.

Der Initiative ist eine klare Absage zu erteilen. Sie wäre schädlich für unsere Wirtschaft, unseren Forschungsplatz, letztlich die Gesellschaft. Die bilateralen Verträge haben seit Beginn der 2000er Jahre für die Schweiz viele Vorteile gebracht, vor allem auch Wohlstand. Dank dem ungehinderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt konnte unsere Exportwirtschaft



«Die Schweiz würde im Wettbewerb um Fachkräfte geschwächt.»

Regine Sauter
Direktorin **Zürcher Handelskammer**, Nationalrätin FDP

stark wachsen. Heute ist die Europäische Union unser wichtigster Handelspartner. In der Schweiz entstanden in dieser Zeit Tausende neue Arbeitsplätze.

Die SVP will ein technokratisches, marktfernes Einwanderungsregime

Und auch ein Vergleich mit den tiefen Wachstumsraten der 1990er Jahre bestätigt den Nutzen der Verträge mit der EU für unser Land. Eine im letzten Jahr von der Bertelsmann Stiftung publizierte Studie zeigte gar auf, dass die Schweiz von allen europäischen Ländern am meisten vom EU-Binnenmarkt profitiert. Auch für den Schweizer Forschungsstandort sind die Abkommen mit der EU von grosser Bedeutung. Sie ermöglichen den Austausch von Wissenschaftlern und die Beteiligung an europäischen Forschungsprojekten. Dies alles sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden, was mit einer Annahme der Initiative der Fall wäre.

Die Initiative kann ohnehin nicht halten, was sie verspricht: Was «selbstständige Steuerung» genannt wird, ist ein Zurück zu fixen Kontingenten. Es würde somit nicht festgelegt, wer in die Schweiz kommt, sondern es würden einfach schädliche Höchstzahlen festgelegt. Dies wäre ein schwerfälliges System, das wir heute so für die Regelung der Zuwanderung aus sogenannten Drittstaaten, also aus allen Ländern ausserhalb Europas, kennen. Es wird den Bedürfnissen der Wirtschaft in keiner Weise gerecht. Anstelle der Unternehmen würden Verwaltungsstellen darüber befinden, wer bei uns arbeiten darf. Das Ergebnis wäre ein marktfernes, technokratisches Einwanderungsregime. Und auf jeden Fall ein klarer Standortnachteil für die Schweiz im Wettbewerb um die besten Fachkräfte.

Zusammenfassend ist die Kündigungsinitiative unliberal und höchst wirtschaftsschädlich. Die Beendigung des bilateralen Weges mit der EU ist letztlich ihr Ziel. Deshalb nochmals: Es gilt, sie klar abzulehnen.